

25.11.2013
205a

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



*Sperrfrist: Montag, 25. November 2013, 19.00 Uhr!
Es gilt das gesprochene Wort!*

Ansprache
des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Erzbischof Dr. Robert Zollitsch,
beim Jahresempfang des Katholischen Büros Berlin
und des Brüsseler Büros der EKD
am 25. November 2013 in Brüssel

*„Vertrauen erneuern – Verbindlichkeit stärken“
Das geistige Erbe Europas neu zum Leuchten bringen*

Exzellenzen, sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments,
werte Vertreter der Kommission, des Rates und der Landesvertretungen,
lieber Prälat Dr. Dutzmann als Hausherr der EKD hier in Brüssel,
meine Damen und Herren, verehrte Gäste!

I.

„Vertrauen ist der Anfang von allem.“ Natürlich könnte man sich nach der Finanzkrise der vergangenen Jahre ironisch darüber auslassen, dass ausgerechnet eine große Bank in den neunziger Jahren mit diesem Slogan um Kunden geworben hat. Aber die Aussage des Slogans stimmt: Vertrauen ist der Anfang von allem. Das gilt für jede menschliche Beziehung: Es leuchtet sofort ein, dass ohne Vertrauen keine Freundschaft und schon gar keine Liebesbeziehung entstehen kann. Es gilt aber auch für die zahllosen anderen menschlichen Beziehungen, auf die wir uns einlassen. Jede einzelne unserer täglichen Handlungen beruht auf Vertrauen in unsere Mitmenschen: Wir vertrauen darauf, dass der Pilot das Flugzeug sicher nach Brüssel bringen wird. Wir vertrauen darauf, dass die Kfz-Werkstatt beim Reifenwechsel die Schrauben richtig anzieht. Wir vertrauen darauf, dass sich alle an die Gesetze halten. Und wir vertrauen darauf, dass der Staat das Recht durchsetzt. Vertrauen ist der Anfang von allem: Das gilt ebenso für jede Geschäftsbeziehung wie auch für unsere Gesellschaft, für die verschiedenen Gruppen und Verbände und für unser politisches Gemeinwesen.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn

Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Ruf: 0228-103 -0
Direkt: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Aber was ist das eigentlich, Vertrauen? Vertrauen ist zunächst einmal eine Vorschussleistung, die auf entsprechenden Erfahrungen gründet und immer wieder auf die Bestätigung ihrer Grundannahme angewiesen ist. Wir vertrauen dem Piloten, ohne dass wir ihn überhaupt kennen. Seine freundlich einladende Begrüßung durch den Lautsprecher im Flugzeug ändert daran ja auch nur wenig. Wir vertrauen auf seine Fähigkeit, weil wir die Erfahrung gemacht haben, dass Piloten gut ausgebildet sind und uns die Fluggesellschaften schon immer sicher zum Ziel gebracht haben. Und weil sie es dieses Mal wieder getan haben, vertrauen wir auch beim Rückflug einem anderen, uns unbekanntem Piloten. Ohne solches Vertrauen in unsere Mitmenschen könnten wir nicht zusammenleben. Ohne Vertrauen würden eine Gesellschaft und ein Gemeinwesen nicht funktionieren.

Es muss uns deshalb Sorgen bereiten, wenn das gesellschaftliche Vertrauen zurückgeht. Verschiedene gesellschaftliche Institutionen kämpfen in den letzten Jahren mit dem Vertrauensverlust der Menschen. Das betrifft Politiker, Parteien und politische Institutionen; das betrifft Gewerkschaften und Verbände, das betrifft auch die Kirchen und uns als ihre Repräsentanten. Viele Orientierungspunkte, an denen wir unser privates Leben ausgerichtet und nach denen wir unsere Gemeinschaft gestaltet haben, haben in den letzten Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, an Bedeutung verloren. Damit verliert nicht nur das Leben des Einzelnen gewisse tradierte Fixpunkte, sondern unser Gemeinwesen insgesamt verliert an Stabilität. Denn Vertrauen ist die Grundwährung unseres menschlichen Zusammenlebens.

II.

Sehr verehrte Damen und Herren, Vertrauen ist der Anfang von allem. Weil dies auch für unsere Beziehung zu Gott und unseren Glauben gilt, will ich an dieser Stelle für einen Moment beim Thema Vertrauen und Kirche bleiben. Der in Heidelberg lebende und lehrende ehemalige Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof hat vor zwei Wochen in einem Interview mit Christ&Welt in der ZEIT ausgeführt: *„Die Kirche setzt anspruchsvolle Maßstäbe, muss sich dann auch an diesen Maßstäben messen lassen. Wir vertrauen einem Menschen, der nach uns vertrauten Maßstäben verlässlich handelt. Wer auf einen finsternen Markt geht, erwartet dort nicht Treu und Glauben. Wer sich zu einem ehrbaren Kaufmann begibt, rechnet mit Anstand und Redlichkeit. Würde er hier enttäuscht, wären die Verletzung und die Bitterkeit umso größer. Die Kirche ist dem ehrbaren Kaufmann vergleichbar.“*

Wir wissen um die Enttäuschungen, wir spüren und erleben das schwindende Vertrauen und zugleich dürfen wir nicht im Lamentum stecken bleiben, sondern sind gefordert, gegenzusteuern und uns den Herausforderungen aktiv zu stellen. Gerne will ich Ihnen auch verraten, wie das Zitat von Paul Kirchhof weitergeht. Er beendet seine Antwort zum Vertrauen in die Kirche mit der Aussage: *„Eine Gesellschaft braucht vertrauenswürdige Institutionen wie die Kirchen. Würden wir sie verlieren, verlören alle.“* Deshalb sind wir als Kirche herausgefordert, das Vertrauen zu erneuern und neues Vertrauen aufzubauen, indem wir den Menschen unserer Tage vertrauen und ihnen etwas zutrauen.

III.

Auch die Europäische Union steht heute in einer Vertrauenskrise. Wenn wir in den letzten Jahren von einer Finanzmarktkrise sprechen, dann tun wir das ja nicht, weil sich unsere Gemeinschaftswährung Euro in einer Krise befindet, sondern weil die Staatsschuldenkrise und wirtschaftliche Krise in den verschiedenen Staaten auch zu einer europäischen politischen Krise geworden sind. Nach einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Frühjahr 2013 ist das Vertrauen der EU-Bürger in die Europäische Union auf 29 Prozent gesunken. Sicherlich sind die Gründe für diese Entwicklung komplex. Aber der Befund ist kurz vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament durchaus besorgniserregend. Denn auch das europäische Einigungsprojekt kann ohne Vertrauen nicht auskommen. Nicht nur das nationalstaatliche Gemeinwesen, sondern auch der europäische Staatenverbund lebt vom Vertrauen. Die europäische Einigung kann nicht ohne das Vertrauen der Bürger in Europa voranschreiten.

Gestatten Sie mir, in Erinnerung zu rufen, dass die europäische Einigung von Anfang an ein Versprechen war, eine Verheißung, eine Vision. Als Europa nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl materiell im wahrsten Sinne des Wortes in Schutt und Asche lag, als auch mit dem von den Nationalsozialisten betriebenen Holocaust moralisch den Tiefpunkt erreicht hatte, da war die europäische Idee eine Verheißung mit positiver Ausstrahlung: Auf dem Fundament des Friedens zwischen den europäischen Völkern sowie ausgehend von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sollten für die Menschen dieses Kontinents Freiheit und gemeinsamer Wohlstand entstehen. Die Versprechen der Europäischen Einigung waren Friede, Freiheit, Wohlstand sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Hierin lag die Grundannahme für das Vertrauen der Menschen in die europäische Zusammenarbeit. Im Rückblick dürfen wir fragen: Sind die Versprechen der Europäischen Integration gehalten worden? Sind die Grundannahmen bestätigt worden, die Voraussetzung waren für den Vertrauensvorschuss der Bürger in Europa?

Niemand wird bezweifeln, dass die europäische Einigung das Versprechen der Versöhnung und des Friedens eingehalten hat. Noch nie gab es eine so lange Friedenszeit zwischen den Völkern und Staaten, die der Europäischen Union angehören, wie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Hierfür war die Europäische Einigung entscheidend verantwortlich. Deshalb ist der Europäischen Union im letzten Jahr zu Recht der Friedensnobelpreis verliehen worden. Die Europäische Union – und damit meine ich die in ihr wirkenden Entscheidungsträger, die Institutionen und Mechanismen – hat sich in über 50 Jahren unser Vertrauen verdient.

Wir dürfen nicht müde werden, diese friedensstiftende und versöhnende Rolle der Union auch heute zu betonen, weil dies alles andere als selbstverständlich ist. Viele glauben aufgrund der langen Friedensphase in Europa, die Friedensbegründung der Integration habe sich überholt. Ich bin jedoch fest davon überzeugt, dass die Friedenssicherung weiterhin ein zentrales Ziel

der Europäischen Union bleibt. Nicht, weil es eine drängende Kriegsgefahr in Europa gibt, sondern weil die Union die Staaten und Völker beständig im Gespräch, in Verhandlungen hält. Denken wir nur an den absurden Streit über Gibraltar im Sommer dieses Jahres! Ich will angesichts der beteiligten zivilisierten europäischen Staaten keineswegs behaupten, dass dieser Konflikt Kriegspotential hatte. Aber wenn zwei Länder in Brüssel an einem Tisch sitzen, dann wird das Eskalationspotential schon allein durch diesen Sachverhalt begrenzt. Deshalb sollten wir die friedenserhaltende Funktion der europäischen Einigung hoch achten und wertschätzen.

Auch das Versprechen der Freiheit hat die europäische Integration eingelöst. Sie hat durch die Grundfreiheiten des Binnenmarktes sowie die bürgerlichen Freiheiten ein freiheitliches System manifestiert und fortgetragen und damit unsere Freiheit gesichert. Gleichzeitig war die europäische Integration Teil des Prozesses, der zur Überwindung der Teilung Europas geführt und unseren östlichen Nachbarn und unseren Landsleuten in der DDR die Freiheit gebracht hat.

Das Versprechen des Wohlstands ist für viele Europäer in Erfüllung gegangen. Vielleicht noch mehr als die anderen Versprechen hat die Verheißung des Wohlstands zur Attraktivität der Europäischen Union für neue Mitglieder beigetragen. Die Europäische Gemeinschaft war von ihren Anfängen an eine Geschichte des wirtschaftlichen Erfolges. Schon in den Römischen Verträgen 1957 wurde formuliert, dass die europäische Vergemeinschaftung die *„stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel“* anstrebt, mithin die konkrete Lebenswelt des einzelnen Menschen verbessern sollte. Über mehrere Jahrzehnte hat der europäische Binnenmarkt entscheidend zum Auf- und Ausbau von Wohlstand und Wohlergehen der EU-Bürger beigetragen.

Nicht zuletzt hat Europa auch das Versprechen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eingelöst. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts sichert in unseren Ländern Frieden und Freiheit. Demokratische Verfahren werden vorausgesetzt und eingefordert. Die Verschränkung der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union hat dazu geführt, dass die Innenpolitik keine rein interne Angelegenheit mehr ist, sondern heute sehr wohl europäisch verfolgt und gegebenenfalls auch sanktioniert wird. Die Diskussionen der vergangenen Jahre um die Regierungsbeteiligung von radikalen Parteien – zum Beispiel in der Slowakei, über den Umgang mit Macht, zum Beispiel in Rumänien oder Ungarn, oder über einzelne rechtliche und politische Maßnahmen, wie zum Beispiel den Ausreisedruck auf Roma in Frankreich – zeugen davon.

IV.

Trotz dieser positiven Zwischenbilanz, meine sehr geehrten Damen und Herren, gibt es heute vielfältige Anfragen an die Verheißungen Europas. So erfolgreich sich die Vision des

vereinten Europas auch durchsetzen konnte: Es kommen Zweifel an den Versprechen der Europäischen Einigung auf.

Zu Recht halten Kritiker der Union die im Zuge der Finanzmarktkrise aufkommenden Streitigkeiten vor. Was ist heute vom Friedensversprechen der Europäischen Union zu halten, angesichts der Entgleisungen in den Medien und der Öffentlichkeit in den letzten beiden Jahren? In der Finanzmarktkrise feiern längst überwunden geglaubte Klischees und Vorurteile fröhliche Urständ. Während die Südeuropäer in Deutschland pauschal als faul durchgehen, protestieren in Griechenland Tausende gegen die deutsche Regierungschefin, die in Nazi-Montur dargestellt wird. Parteien, die sich mit Parolen gegen die europäischen Partner profilieren, erringen in vielen Mitgliedstaaten Wahlerfolge. Gerade deshalb mache ich mir Sorgen um das Verhältnis der europäischen Völker untereinander. Beim Geld, so sagt das Sprichwort, hört die Freundschaft auf. Aber das bedeutet keinesfalls, dass das Verhältnis in sein Gegenteil umschlagen muss. Das Schüren von Vorurteilen und die Bedienung nationaler Stereotypen sind nicht nur unfruchtbar, sondern entzweien die Völker. Mich schmerzt sehr, dass solche Entwicklungen in den vergangenen Monaten und Jahren der Krise in Europa deutlich zugenommen haben. Sie zerbrechen Vertrauen, das mühsam aufgebaut worden ist und das wir innerhalb Europas dringend brauchen. Umso mehr gilt es, die Menschen ernst zu nehmen, die sich fragen: Sichert das Festhalten an der Europäischen Einigung heute eigentlich noch den Frieden? Oder schürt es die Zwietracht unter den Europäern?

Noch prekärer ist die Situation an den Außengrenzen der Union. Dort geht es oft um Leben und Tod. Wir alle stehen noch unter dem Schock der Katastrophe vor Lampedusa, bei der unzählige Flüchtlinge den Tod gefunden haben. Papst Franziskus hatte im Sommer bei seinem Besuch auf der Insel die fortgesetzte Gleichgültigkeit beklagt, mit der die europäische Öffentlichkeit auf die wiederkehrenden Unglücksfälle reagiert. Vielleicht dürfen wir hoffen, dass es wenigstens damit jetzt vorbei ist und in den europäischen Ländern eine Neubesinnung einsetzt. Selbstverständlich ist es legitim, dass Staaten und Staatengemeinschaften den Zugang zu ihrem Gebiet regeln. Aber die derzeitige Flüchtlings- und Migrationspolitik stellt einseitig die Kontrolle und Eindämmung von Zuwanderung in den Vordergrund. Der Preis, den diese Politik fordert, ist zu hoch. Es ist ein Preis, den allein jene bezahlen, die in ihrer Not keinen anderen Ausweg erkennen, als ihr Leben oft gewissenlosen Schleppern anzuvertrauen.

Bei der Neuausrichtung der Politik in der Europäischen Union und in deren Mitgliedstaaten müssen mindestens folgende Gesichtspunkte eine bestimmende Rolle spielen:

- Die Überwachung der EU-Außengrenze und des Mittelmeeres muss so ausgestaltet werden, dass die Rettung von Flüchtlingen oberste Priorität genießt.
- Flüchtlinge müssen sich darauf verlassen können, dass ihr Asylantrag in einem angemessenen Verfahren geprüft wird. Wir wissen: Viele wollen der Armut entfliehen. Es ist aber auch wahr, dass sich eine nicht geringe Zahl von Menschen auf die Boote begibt, weil sie in der Heimat aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen bedrängt

werden. Sie verlieren ihren Asylanspruch nicht, weil sie über das Mittelmeer zu uns kommen.

- In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass sich die EU-Staaten auf eine faire Verteilung der Flüchtlinge verständigen. Die Europäische Union muss sich gerade bei einer moralisch so sensiblen Frage wie dem Flüchtlingsschutz als Werte- und Verantwortungsgemeinschaft bewähren.
- Die im politischen Raum immer wieder erhobene Forderung, dass die Europäer einen relevanten Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Krisenländern Afrikas und Arabiens zu leisten hätten, darf keine Sache von Sonntagsreden bleiben. Wir haben noch nicht tief genug verstanden, dass wir als Europäer unsere Interessen in der heutigen Welt nur dann auf moralisch akzeptable Art zur Geltung bringen können, wenn wir auch die scheinbar weit entfernt lebenden Völker als wirkliche Nachbarn betrachten.

Mit der Europäischen Union bringen heute Viele leider nicht mehr das Versprechen der Freiheit in Verbindung. Sie betrachten Europa nur noch eingeschränkt als ein freiheitliches Projekt. Brüssel ist für viele zu einem Synonym für Bevormundung geworden. Sicher, ein gehöriger Teil der Entwicklung geht auf das beliebte Spiel zurück, die Schuld immer erst einmal auf die Anderen, auf Brüssel zu schieben. Trotzdem muss sich auch die europäische Politik die Frage gefallen lassen, ob sie mit allzu kleinteiligen Regelungen nicht auch zu dieser Wahrnehmung beiträgt. Wenn wir sehen, in welchem Maße sich Philosophen, Schriftsteller und Intellektuelle – angefangen von Jürgen Habermas über Robert Menasse bis hin zu Hans-Magnus Enzensberger – heute mit Fragen der Europäischen Einigung auseinandersetzen, dann unterstreicht das zwar zum einen die Bedeutung des europäischen Projekts, zum anderen aber auch die Schwere der Krise.

Was die Europäische Union derzeit vielleicht am meisten umtreibt, ist die Erfüllung der Wohlstandsverheißung. Die Krisen der letzten Jahre haben die von uns als stetig und nicht selten als selbstverständlich wahrgenommene Entwicklung zu immer mehr Wohlstand durchbrochen. Die Bürger Europas sind verunsichert – aus unterschiedlichen, zum Teil die Interessen ihrer jeweiligen Herkunftsstaaten widerspiegelnden Gründen. Die Bürger der Schuldenstaaten sind dabei, ihr Vertrauen in die Europäische Union als Garant von Wohlstand und letztlich von sozialem Frieden zu verlieren.

Nach Angaben der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung zur sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion vom Oktober 2013 sind derzeit 26,6 Millionen Menschen in der Europäischen Union arbeitslos; 5,5 Millionen davon sind junge Menschen. Wir dürfen nicht zulassen, dass ganze Generationen, insbesondere junger Menschen, in ihren wirtschaftlich notleidenden Herkunftsstaaten ohne Arbeit und – noch schlimmer – ohne Perspektive sind. Die europäische Jugendinitiative ist ein erster, zu begrüßender Schritt, sich der Jugendarbeitslosigkeit in Europa anzunehmen; doch müssen mehr und weitere Schritte folgen.

Dabei darf Solidarität nicht auf finanzielle Transfers reduziert werden. Zwar ist es legitim, für Staatshilfen auch Gegenleistungen einzufordern. Denn nach dem Solidaritätsprinzip zeigt sich der Stärkere mit dem Schwächeren solidarisch und der Schwächere mit dem Stärkeren: Der Stärkere befähigt den Schwächeren, seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten; der Schwächere nimmt nur die Solidarität in Anspruch, die er benötigt, und leistet den ihm möglichen eigenen Beitrag. Jedoch dürfen wir diejenigen Mitgliedstaaten, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten und auf die Solidarität ihrer Nachbarn angewiesen sind, nicht über das Verantwortbare hinaus zu Sparmaßnahmen und Strukturreformen verpflichten. Aber nicht nur die schwachen Schultern dürfen nicht über Gebühr belastet werden. Auch starke Schultern, die mehr tragen können, dürfen nicht überbeansprucht werden. Der Ausgleich zwischen den Staaten in Europa zur Bewältigung der aktuellen Krise erfolgt auf einem schmalen Pfad.

Dies wird daran deutlich, dass im Zuge der verschiedenen Rettungsmaßnahmen sogar Zweifel am europäischen Versprechen der Rechtsstaatlichkeit aufkommen. Viele Bürger der Mitgliedstaaten, die in Form von Bürgschaften, Krediten und Direkthilfen finanzielle Mitverantwortung für andere Staaten übernehmen, sind verunsichert. Sie zweifeln daran, dass in der Europäischen Union die Vereinbarungen eingehalten werden, auf die man sich einmal geeinigt hat. Sie fühlen sich angesichts der Reichweite der im Rahmen von Rettungsschirmen und Rettungsmechanismen abgegebenen Garantien beunruhigt. Sie sehen sich mit in Haftung genommen für Entscheidungen, die sie aufgrund ihrer Komplexität nur schwer nachvollziehen und ihrer Wahrnehmung nach nicht hinreichend mitbestimmen können.

Einer der zentralen Faktoren für die Bildung von Vertrauen in eine politische Gemeinschaft ist die Einhaltung der selbst gesetzten Regeln und der abgegebenen Versprechen. Das mag offensichtlich sein, selbstverständlich ist es aber nicht. Mit Blick auf die Europäische Union erinnere ich etwa an die zahlreichen Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt, zunächst durch Deutschland und Frankreich in den Jahren 2002 und 2003, und in der Folge auch durch zahlreiche andere Mitgliedstaaten. Die Sanktionsmechanismen auf europäischer Ebene wurden seitdem zweifellos verbessert. Allerdings dürften nur Sanktionsautomatismen eine Aufweichung der Regeln nach kurzfristiger politischer Opportunität nachhaltig verhindern können. Darüber hinaus muss es insgesamt darum gehen, das Vertrauen in die einzelnen Mitgliedstaaten, aber auch in eine europäische Verantwortungsgemeinschaft über eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und über eine effektivere europäische Aufsicht wiederherzustellen.

V.

Angesichts dieser Anfragen an die Versprechen der Europäischen Einigung ist es heute dringend erforderlich, sowohl das Vertrauen in die Europäische Union als auch die Verlässlichkeit in der Europäischen Union zu stärken. Der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck hat diese Herausforderung, vor der die Europäische Union heute steht, in einer

vielbeachteten Europarede im Frühjahr dieses Jahres mit der Formel zusammengefasst: *„Vertrauen erneuern – Verbindlichkeit stärken“*.

Sehr geehrte Damen und Herren, dazu bedarf es Vertrauen auf allen Ebenen. Je mehr ich selbst Vertrauen schenke, desto mehr kann Vertrauen wachsen: Es braucht Vertrauen in die europäischen Partner und in die jeweils anderen europäischen Völker und Staaten. Aber auch die europäischen Institutionen brauchen das Vertrauen der Bürger. Ebenso verdienen die Amtsträger in der Europäischen Union sowie die Kandidatinnen und Kandidaten für das neu zu wählende Europäische Parlament unser Vertrauen. Gleichzeitig ist auch die Bestätigung dieses Vertrauens erforderlich, um immer wieder neu Vertrauen gewinnen zu können. Dazu bedarf es einer stärkeren Verbindlichkeit auf Seiten der Europäischen Union. Neues Vertrauen wird umso mehr gewonnen, je mehr sich die Europäer auch darauf verlassen können, dass in Europa Beschlüsse eingehalten werden. Bundespräsident Joachim Gauck hat seine Rede im Februar 2013 mit einem Appell an uns alle beendet: *„mehr Europa fordert: mehr Mut bei allen! Europa braucht jetzt keine Bedenkenträger, sondern Bannerträger, keine Zauderer, sondern Zupacker, keine Getriebenen, sondern Gestalter.“*

Dieses Zitat, diese Aufforderung, meine sehr verehrten Damen und Herren, lenkt meinen Blick auf die Europawahlen im kommenden Mai. Die sich in vielen EU-Staaten ausbreitende Armut, die hohe Arbeitslosigkeit und der Um- sowie zuweilen Zusammenbruch gesellschaftlicher Strukturen führen zu sozialem Unfrieden und einer Suche nach Schuldigen anderenorts. Eine der Folgen ist der verstärkte Zulauf zu populistischen bis hin zu nationalistischen Bewegungen in vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Mit diesem Irrweg hat Europa aber überaus leidvolle Erfahrungen gesammelt. Deshalb bin ich sicher, dass die Lösung unserer Probleme nicht in einer Rückkehr in die enge Nationalstaatlichkeit besteht. Wir müssen vielmehr unserer Gemeinschaft in Europa stärker vertrauen und an der Europäischen Einheit mitbauen. Das Europäische Parlament ist die vorrangigste Institution, die an dieser Aufgabe mitwirken kann. Deshalb ist es so dringend erforderlich, das Parlament durch eine Teilnahme an den Europawahlen zu stärken und den Einfluss der Gegner einer europäischen Zusammenarbeit nicht wachsen zu lassen. Ich hoffe, dass bei der Europawahl eine hohe Wahlbeteiligung erreicht wird, denn aus einer solchen erwächst auch die demokratische Legitimation des Europäischen Parlaments.

Eine solche Legitimation ist wichtig, um die demokratischen Verfahren in der Europäischen Union zu stärken. Krisenzeiten sind, so sagt man, immer Zeiten der Exekutive. Deshalb war in den letzten Jahren oft von einer „Vergipfelung“ der europäischen Politik die Rede. Man könnte stattdessen auch sagen: eine zunehmende Abkehr von der Gemeinschaftsmethode, dem originär europäischen Beschlussfassungsverfahren unter Einbeziehung aller drei europäischen Institutionen. Zentrale europäische Entscheidungen der letzten Jahre, die Rettungspakete, der Europäische Stabilisierungsmechanismus (ESM) sowie auch der Fiskalpakt, kamen – aus der Not geboren – als Übereinkünfte der Mitgliedstaaten ohne Beteiligung des direkt gewählten Europäischen Parlaments zustande. Bei aller

Nachvollziehbarkeit dieses Weges, erscheint dieses Beschlussverfahren angesichts der einschneidenden – insbesondere sozialen – Folgen dieser Instrumente mit dem Geist des Vertrages von Lissabon nicht so leicht vereinbar. Denn dieser Vertrag hat doch gerade die Mitentscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments ausgeweitet und es gesetzgeberisch auf eine Stufe mit dem Ministerrat gestellt!

Zudem besteht ein Konnex zwischen dem intergouvernementalen Beschlussverfahren in der Europäischen Union und der Stärkung nationalstaatlicher Tendenzen. Hierauf hat schon 2007 ein von der ComECE eingesetzter „Weisenrat“ hingewiesen. Danach birgt *„die intergouvernementale Methode die Gefahr der Lähmung sowie nationalistischer Abwege in sich, weil sie den Akzent auf mitunter unterschiedliche nationale Interessen legt.“* *„Die ‚Gemeinschaftsmethode‘“* hingegen, so der Weisenrat, ist *„eher auf die Suche des europäischen Gemeinwohls und nicht so sehr auf den Ausgleich nationaler Interessen gerichtet“*. Das europäische Gemeinwohl erfasst die mitgliedstaatlichen Interessen, geht aber über diese hinaus. Nur durch die Beteiligung des Europäischen Parlaments an den europäischen Gesetzgebungsprozessen und durch die Einbeziehung der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge kann die Ausrichtung der europäischen Politik am europäischen Gemeinwohl sichergestellt werden.

Deshalb bietet gerade die Europawahl im kommenden Jahr die Gelegenheit, das Vertrauen der europäischen Bürger in die Entscheidungen auf europäischer Ebene zu stärken. Dafür wäre es sicher hilfreich, wenn bei dieser Europawahl europäische Themen im Zentrum des Wahlkampfes stünden und den EU-Bürgern ihre Entscheidungsalternativen auf europäischer Ebene vor Auge geführt würden. Die bereits begonnene Nominierung europaweiter Spitzenkandidaten der Parteien hilft, den Wahlprogrammen auch „Köpfe“ zuzuordnen und so die Sichtbarkeit der Alternativen für den Wähler zu verstärken.

Zwar sind die Stärkung der Mechanismen zur Einhaltung des Rechts, die Ausrichtung von Reformen am gegenwärtigen und zukünftigen Wohlergehen der betroffenen Menschen, die Bewahrung des Konnexes von Entscheidung und Verantwortung sowie die Stärkung demokratischer Legitimationsstränge in den europäischen Entscheidungsprozessen zentrale vertrauensbildende Maßnahmen. Letztlich greift aber der Glaube in Mechanismen, institutionelle Strukturen, Abläufe und Entscheidungsverfahren – so wichtig diese auch sind – zu kurz. *„Weder eine mehr oder weniger gut funktionierende Wirtschaftsunion, noch ein bürokratisches Regelwerk des Zusammenlebens“*, so hat es Papst Benedikt XVI. einmal formuliert, *„können die Erwartungen der Menschen an Europa vollends erfüllen. Die tieferen Quellen eines tragfähigen und krisenfesten europäischen Miteinanders liegen vielmehr in den gemeinsamen Überzeugungen und Werten der christlichen und humanistischen Geschichte und Tradition des Kontinents. Ohne eine echte Wertegemeinschaft kann letztlich auch keine verlässliche Rechtsgemeinschaft, die sich die Menschen erhoffen und erwarten, aufgebaut werden.“*

Werte Damen und Herren, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang eine Zwischenbemerkung, die mir sehr wichtig ist. Das in Warschau ansässige „Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE“ hat in seinem jüngst veröffentlichten „Bericht über Hass-Verbrechen in der OSZE-Region“ auf eine zunehmende Intoleranz und sogar Gewalt gegenüber Religionen in Deutschland aufmerksam gemacht. Im Jahr 2012 haben deutsche Behörden 414 Straftaten gemeldet, die sich gegen Christen und Angehörige anderer Religionsgemeinschaften richteten. Davon seien 18 gewalttätig gewesen. Diese statistischen Angaben unterstreichen, dass das Recht auf freie Religionsausübung nicht nur in Ländern wie Pakistan, Ägypten, Indonesien oder China zunehmend unter Druck steht, sondern auch in unseren Breitengraden. Diesen besorgniserregenden Tendenzen gilt es, vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken. Das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist als fundamentales Menschenrecht nicht verhandelbar und muss dementsprechend auch von den politischen Entscheidungsträgern geschützt werden. Das gilt für uns in Deutschland, das gilt für Europa und die ganze Welt. Darauf machte der ehemalige Bürgermeister von Straßburg und spätere Präsident des Europäischen Parlaments, Pierre Pflimlin, der ein leidenschaftlicher Europäer war, in einem bisher unveröffentlichten Interview aufmerksam. Er sagte: *„Wir können viele Verschiedenheiten akzeptieren; wir müssen sie akzeptieren und dulden unter den verschiedenen Völkern, die mitmachen. Nur das einzige nicht: Dass sie unsere Werte mit Füßen treten.“* Ja, Werte Damen und Herren, wir haben eine Verpflichtung, das solidarische Zusammenleben und Miteinander zu fördern. Wir haben eine Kultur, die in der Botschaft des Evangeliums wurzelt und auf dem Fundament des christlichen Glaubens erbaut ist. Das zeigt in besonderer Weise der Blick auf den hohen und zugleich auch fordernden Wert der christlichen Nächstenliebe, die auch den Fremden einschließt und besonders den Ärmsten im Blick hat. Ohne gelebte Solidarität landen wir schnell in einer egoistischen Ellenbogengesellschaft, in der nur noch das Recht des Stärkeren gilt, in der der Frost des Egoismus die Atmosphäre prägt. Nicht ohne Grund hebt der FAZ-Mitherausgeber Frank Schirrmacher in seinem neusten Buch „Ego. Das Spiel des Lebens“ hervor, dass wir in einer *„Welt der Ich-vermarktung“*¹ leben. Deshalb braucht es auf allen Ebenen leidenschaftliche Anwälte der Solidarität und Subsidiarität, die mit ihrer Haltung und Überzeugung spürbar und erlebbar werden lassen, dass es in Europa nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein Miteinander und Füreinander gibt. Daran muss sich auch die Politik mit den ihr zur Verfügung stehenden Mechanismen beteiligen. Ich bitte Sie, sich in Ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich dafür einzusetzen und zu engagieren.

Die europäische Wertegemeinschaft hat sich um die Versprechen der Europäischen Integration geschart: Friede und Freiheit, Wohlstand, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Diese Werte sind auch weiterhin eine Verheißung für uns Europäer. Aber sie sind kein Selbstläufer. Das hat uns die aktuelle Krise vor Augen geführt. Wenn die Europäische Union ihre Legitimität stärken will, dann muss die Verbindlichkeit in Europa erhöht werden. Dazu gehört sowohl der Einsatz für den europäischen Zusammenhalt auf der einen Seite, als auch

¹ Frank Schirrmacher: Ego. Das Spiel des Lebens, München 2013, S. 15.

der Eigenbeitrag der Mitgliedstaaten auf der anderen Seite. In diesem Sinne ist das europäische Versöhnungs- und Einigungswerk stets aufs Neue auf unseren aktiven Einsatz angewiesen; den aktiven Einsatz möglichst vieler in ihrem jeweiligen Umfeld und Verantwortungsbereich. Denn Europa lebt gerade aus der Unterschiedlichkeit, wir werden bereichert durch die verschiedenen Perspektiven und erweitern unseren Horizont. Wir können dann erleben, was Papst Franziskus bei seiner Begegnung mit Verantwortungsträgern aus Politik und Gesellschaft am 27. Juli 2013 in Rio de Janeiro so formulierte: *„Wenn mich Führungskräfte der verschiedenen Bereiche um einen Rat bitten, ist meine Antwort immer die gleiche: Dialog, Dialog, Dialog. Die einzige Art und Weise, dass ein Mensch, eine Familie, eine Gesellschaft wächst, die einzige Art und Weise, um das Leben der Völker voranschreiten zu lassen, ist die Kultur der Begegnung; eine Kultur, in der alle etwas Gutes zu geben haben und alle dafür etwas Gutes empfangen können. Der andere hat immer etwas, das er mir geben kann, wenn wir fähig sind, uns ihm in offener und bereitwilliger Haltung ohne Vorurteile zu nähern. Diese offene und bereitwillige Haltung ohne Vorurteile würde ich als ‚soziale Demut‘ bezeichnen und eben diese ist günstig für den Dialog. [...] Entweder setzt man heute auf den Dialog, setzt man auf die Kultur der Begegnung, oder alle verlieren. Hier geht der Weg, der Frucht bringt.“* Soweit Papst Franziskus, der nur zu gut weiß, dass gelingender Dialog und Begegnung Vertrauen voraussetzen. Auch die Europäische Einigung braucht den Dialog und die Begegnung der Menschen. Die Europäische Einigung lebt vom Vertrauen. Denn Vertrauen ist der Anfang von allem.